

1 **Mit den Menschen gegen sozialen Abstieg, Armut und Not kämpfen**

2

3 Die Landtagswahl war für uns eine Niederlage, sie steht im Kontext der
4 Gesamtentwicklung der Partei in den vergangenen Jahren, die bis auf wenige
5 Ausnahmen bei Landes- oder Bundeswahlen nur Niederlagen eingefahren hat. Diese
6 Niederlagen hängen sowohl mit Streitigkeiten in der Öffentlichkeit zusammen, wie auch
7 mit einem unklaren Profil bei zentralen politischen Themen. Für uns als Landesverband
8 ist es entscheidend, dass wir unsere Arbeit fokussieren, eine gemeinsame Ansprache
9 finden und uns solidarisch mit den Kreisverbänden, kommunalen Fraktionen, Gruppen
10 und Abgeordneten auf inhaltliche Schwerpunkte konzentrieren. Dabei wollen wir uns als
11 politische Kraft sowohl in den Kommunalparlamenten und den Landschaftsverbänden,
12 als auch in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen profilieren. Unser zentraler
13 Fokus liegt dabei auf der Unterstützung der abhängig Beschäftigten, deren Kämpfe an
14 der zentralen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit stattfinden.

15

16 **Armut: In NRW für viele Menschen Alltag**

17 Vor der Landtagswahl im Mai 2022 schätzte eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler
18 in Nordrhein-Westfalen die eigene wirtschaftliche Lage als gut ein. Wenige Monate
19 später hat sich diese Einschätzung gründlich gewandelt. Eine Inflationsrate von zuletzt
20 7,9 Prozent, getrieben von 16,6 Prozent höheren Lebensmittelpreisen und einer
21 Preisexplosion bei Energieträgern, löst bei der Mehrheit der Menschen berechnete
22 Ängste aus. Die Teuerung bei Lebensmitteln und die Befürchtungen im Winter die
23 laufenden Kosten für Strom und Gas nicht mehr bezahlen zu können, führen zu
24 Kaufzurückhaltung. Die Binnennachfrage, von der jeder zweite Arbeitsplatz in NRW
25 abhängt, ist auf den niedrigsten Stand seit 28 Jahren gesunken. Diese Entwicklung wird
26 sich im Herbst und Winter beschleunigt fortsetzen und befördert zusätzlich zur Sorge
27 um den Anstieg der Lebenshaltungskosten Sorgen um den Erhalt von Arbeitsplätzen.

28

29 In NRW ist sowohl relative als auch existenzielle Armut schon lange ein Problem.
30 Während der Pandemie ist die Armutsgefährdungsquote in NRW auf 18,7 Prozent
31 angewachsen. Dabei ist das Ruhrgebiet mit 21,1 Prozent eine Problemregion, in der
32 einzelne Großstädte noch weit höhere Armutsquoten aufweisen. Am stärksten von
33 Armut betroffen sind alleinerziehende Frauen, Erwerbslose und Menschen mit
34 Migrationsgeschichte.

35

36 Viele Menschen leiden nicht nur unter relativer, sondern unter absoluter Armut. Wie
37 sehr diese existenzgefährdende Form der Armut zunimmt, zeigen die Nutzungszahlen
38 der Tafeln in NRW. Im Vergleich zu 2020 hat sich die Anzahl der Bedürftigen, die bei den
39 Tafeln Hilfe suchen, auf 350.000 verdoppelt. Viele Tafeln reagieren mit einem
40 Aufnahmestopp und halbieren die Menge der Lebensmittel, die sie an Betroffene
41 weitergeben. Weitere Indikatoren für existenzielle Armut sind Energiesperren und
42 Zwangsräumungen von Wohnungen. In einem durchschnittlichen Jahr wird in NRW ca.
43 100.000-mal der Strom abgestellt und es werden ca. 15.000 Zwangsräumungen
44 durchgeführt.

45

46 **Verdoppelung der Armutsquote droht**

47 In NRW heizen 64,4 Prozent der Haushalte mit Gas. Eine Verdreifachung des Gaspreises
48 werden viele von ihnen weder durch Einsparungen beim Heizen noch durch Verzicht auf
49 „Luxuskonsum“ bewältigen können, weil Lebensmittelpreise, Stromkosten und Mieten
50 weiter stark steigen. Viele Haushalte verfügen über keinerlei finanziellen Rücklagen.

51

52 Der Sparkassenverband informiert, dass ca. 42 Prozent der Bankkundinnen und
53 Bankkunden NRW nicht sparen können und schätzt, dass sich dieser Anteil im
54 kommenden Jahr auf 60 Prozent erhöhen wird. Die Anzahl der Armen in NRW könnte
55 sich im kommenden Jahr verdoppeln. Energiesperren, Zwangsräumungen und
56 Obdachlosigkeit bedrohen weit mehr Menschen als bisher. Die Kosten für Gas, Strom und
57 Lebensmittel nicht mehr aus dem Einkommen bestreiten zu können, droht vielen
58 Menschen, die sich bislang in der unteren Mittelschicht verortet haben. Die Folge wird
59 ein sozialer Abstieg von Millionen sein. Gleichzeitig streichen die Energiekonzerne
60 Rekordgewinne ein. Allein der Mehrgewinn von EON und RWE beträgt rund fünf
61 Milliarden Euro.

62

63 **Unsere erste Aufgabe: Mit den Menschen gegen sozialen Abstieg, Armut und Not** 64 **kämpfen**

65 Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung den Absturz großer Teile der
66 Bevölkerung in die Armut zu verhindern und die schon vorher Armen vor existenzieller
67 Not zu schützen, sind völlig unzureichend. Die hohen Gaspreise müssen von den
68 Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlt werden. Eine Unterstützung bedürftiger
69 Haushalte lässt jedoch auf sich warten. Zudem hat die Bundesregierung ganze Gruppen
70 Betroffener, z.B. Rentnerinnen und Rentner nicht im Blick. Die Landesregierung versagt
71 in der Frage vollständig, indem sie das komplette Problem dem Bund zu schiebt.

72

73 Es ist zu erwarten, dass sich gegen hohe Gas-, Strom- und Lebensmittelpreise, den
74 drohenden Absturz in die Armut und die Bedrohung der Existenz in den kommenden
75 Monaten eine Protestbewegung formieren wird. Damit diese Bewegung nicht von
76 Rechten vereinnahmt werden kann, aber vor allem, weil es die originäre Aufgabe von
77 Linken ist, muss DIE LINKE dort aktiv sein und Forderungen einbringen.

78

- 79 • Die Energiekonzerne sind zu verstaatlichen.
- 80 • Die Stimmungsmache der Rechten und ihre Antworten entlarven.
- 81 • Nach Möglichkeit Weiterführung und evtl. Verstärkung der Sozialberatung.

82

83 **Energie ist Menschenrecht!**

84 Der Landesverband NRW führt im Herbst und im Winter im Rahmen der
85 Gesamtkampagne der Bundespartei eine eigene Teil-Kampagne mit dem Titel „Energie
86 ist Menschenrecht“ mit dem Fokus auf die Energiepreise durch. Thematisch im Zentrum
87 stehen die Forderungen:

88

- 89 • Verbot von Strom- und Gassperren,
- 90 • Nothilfefonds für betroffene Verbraucherinnen und Verbraucher,
- 91 • Energie-Grundkontingent,
- 92 • Energie-Preisdeckel,
- 93 • Übergewinnsteuer für profitierende Konzerne.

94

95 Unser Ziel ist es, öffentlich sichtbar zu werden und so viel Druck wie möglich auf die
96 Regierungen aufzubauen für ein soziales Umsteuern in der Energiepreiskrise. Es geht
97 zum einen darum soziale Härten abzufedern und existentielle Notlagen zu verhindern.
98 Hierfür fordern wir das Verbot von Strom- und Gassperren sowie kommunale und
99 landesweite Nothilfefonds. Es geht zugleich auch darum, die Themen soziale
100 Gerechtigkeit und Umverteilung auf die Agenda zu setzen und deutlich zu machen, dass

101 die Krisenlasten von profitierenden Unternehmen und Reichen getragen werden sollten,
102 nicht von Menschen ohne, mit kleinen oder mittleren Einkommen. Verschärft wird diese
103 soziale Not durch die aktuelle Sanktionspolitik. Sie trifft sowohl die russischen als auch
104 die deutschen Lohnabhängigen, während sie die russische Elite reicher macht. Wir
105 lehnen eine solche Sanktionspolitik ab.

106

107 Als Organisatorin von Protest und Widerstand gewinnen wir ein schärferes Profil: Wir
108 stellen uns Zwangsmaßnahmen wie Energiesperren und Zwangsräumungen mit den
109 Betroffenen entgegen. Den Protest tragen wir in und vor die Geschäftsräume von
110 Energiekonzernen und Energieversorgern. Von den Kommunen sowie der
111 Landesregierung fordern wir Engagement und effektive Hilfen wie z.B. Nothilfefonds ein.
112 Mit anderen gemeinsam wollen wir auf Ratschlägen, Aktionsformen und solidarische
113 Selbsthilfe entwickeln.

114

115 Unabhängig von tagesaktuellen Forderungen gilt weiterhin, dass durch Erhöhung von
116 Transferleistungen, Renten und Mindestlohn alle Menschen aus der Armut geholt
117 werden müssen.

118

119 **Klima: Auch eine Klassenfrage**

120 Wollen wir eine lebenswerte Umwelt für die kommenden Generationen, müssen wir bis
121 2035 klimaneutral werden. Rund 30 Prozent aller bundesweiten Emissionen kommen
122 aus NRW. Im Rheinischen Revier, in Lützerath, entscheidet sich in diesem Herbst, ob
123 Deutschland das 1,5-Grad-Ziel noch erreichen kann. Notwendig sind der unverzügliche
124 Ausstieg aus der Braunkohlewirtschaft ebenso wie der schnelle ökologische Umbau der
125 Stahlproduktion von Thyssenkrupp in Duisburg.

126

127 Es braucht schnell den flächendeckenden Ausbau öffentlicher Verkehrssysteme, nicht
128 nur entlang von Rhein und Ruhr, sondern auch im ländlichen Raum. Besonders dringend
129 ist der beschleunigte Ausbau von Windenergie und solarer Stromerzeugung – überall in
130 NRW.

131

132 Klimapolitik und Armutsbekämpfung waren noch nie so eng verzahnt wie heute. Eine
133 sozialökologische Wende für NRW ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Die Lasten
134 des Klimawandels tragen die Menschen, die sich nicht gegen Klimaschäden versichern,
135 ihre Gasrechnung nicht mehr bezahlen oder bei steigenden Lebensmittelpreisen sich das
136 Essen nicht mehr leisten können. Den Preis zahlen schon heute tausende Hitzetote jeden
137 Sommer, vor allem ältere und arme Menschen in Innenstädten. Wir wollen verhindern,
138 dass die Kosten der Klimakrise auf Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen
139 abgewälzt werden.

140

141 Zu den fatalen Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine gehört, dass durch
142 die Verknappung von fossilen Energieträgern viele politische Entscheidungen und
143 Maßnahmen der Klima- und Umweltpolitik in Frage gestellt oder sogar verworfen
144 werden: Kohlekraftwerke bleiben länger in Betrieb, LNG-Terminals werden gebaut.
145 Fracking, die längere Nutzung von Atomkraft und sogar der Neubau von
146 Kernkraftwerken sind im Gespräch. Lasst uns allen diesen Bestrebungen gemeinsam mit
147 den Menschen vor Ort entschieden entgegenreten!

148

149 Mit der Klima-Bewegung und den Menschen vor Ort leisten wir Widerstand gegen das
150 Abbagern von Lützerath und den fortschreitenden Braunkohleabbau im Rheinischen

151 Revier. Wir beteiligen uns an der breiten Bewegung für den Beibehalt des 9-Euro-Tickets
152 und die Perspektive eines Nulltarifs im ÖPNV. Wir kämpfen weiterhin vor Ort gegen die
153 Zulassung von Fracking in NRW. Der Atomausstieg muss außerdem unumkehrbar
154 bleiben. Wir unterstützen daher die Anti-AKW-Bewegung bei dem Kampf um die
155 Schließung der Uran-Anreicherungsanlage (UAA) in Gronau.

156

157 **Die soziale Spaltung im Land überwinden!**

158 Unser Land braucht eine Politik, welche die tiefen sozialen Spaltungen wirklich
159 überwinden will. Für eine solche Politik der sozialen Gerechtigkeit steht nur DIE LINKE.
160 Wir müssen dringend politisch wieder handlungsfähig werden. Das können wir schaffen,
161 wenn wir unsere Kontroversen sachlich innerhalb der Partei austragen. Das können wir,
162 wenn wir uns daran erinnern, warum wir uns gegründet haben.

163

164 Unsere politische Handlungsfähigkeit hängt auch davon ab, dass wir die Arbeitsfähigkeit
165 unserer Strukturen für die Gliederungen, Gremien und Mitglieder der Partei ausbauen.
166 Im Mai 2022 fand in NRW die Landtagswahl statt. Das Ergebnis ist eine Folge politischer
167 Rahmenbedingungen und ein Spiegel des Zustands der Gesamtpartei gewesen. Die
168 aktiven Genossinnen und Genossen vor Ort konnten das Ergebnis kaum beeinflussen.
169 Dieser Landtagswahlkampf hat uns aber auch gezeigt, dass Schwächen sowohl in der
170 Struktur und in der Präsenz vor Ort als auch in der allgemeinen Aktionsfähigkeit
171 bestehen. Der Wahlkampf konnte nicht überall mit der gleichen Intensität geführt
172 werden. Es gibt viele Regionen in NRW, in denen wir Potential haben, das wir noch nicht
173 ausschöpfen können. Hier gilt: Parteiaufbau, Parteiaufbau, Parteiaufbau.

174

175 Auch für die Mehrfachbelastung vieler Genossinnen und Genossen durch kommunale
176 Mandate und Parteiarbeit müssen wir Konzepte entwickeln, wie die Arbeit von Partei
177 und Fraktionen stärker verzahnt und produktiver gemacht werden kann. Gemeinsam
178 mit den Kreis- und Ortsverbänden und den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern
179 wollen wir politische Schwerpunkte diskutieren und Aktionen entwickeln, welche
180 sowohl die parlamentarische als auch die außerparlamentarische Ebene beinhalten. Im
181 Hinblick auf die Kommunalwahl 2025 gilt es, die Zeit bis dahin bereits ab jetzt zu nutzen,
182 um die Parteistrukturen zu stabilisieren, zu stärken, weiter aufzubauen und durch
183 Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen bereits vorhandene Mitglieder zu aktivieren und
184 neue zu gewinnen.

185

186 **Die Partei in der Fläche und in ihrer Organisation stärken!**

187 Folgendes soll der neue Landesvorstand verstärkt angehen im Hinblick auf die
188 anstehenden Europawahlen 2024 und insbesondere für die entscheidende
189 Kommunalwahl 2025:

190

- 191 • Der Landesvorstand organisiert in Zusammenarbeit mit dem LAK Ländlicher Raum
192 eine Konferenz zur Parteiarbeit im ländlichen Raum, Durchführung in der ersten
193 Jahreshälfte 2023.
- 194 • Der LaVo erarbeitet ein Konzept zur organisationspolitischen Schulung der Gremien.
- 195 • Der LaVo organisiert einen Diskussionsprozess zur Bildung von Regionalverbänden.
196 Wenn die Regionalisierung durch die KVen unterstützt wird, ist deren Umsetzung für
197 2024 anzustreben.
- 198 • Der LaVo organisiert frühzeitig eine kontinuierliche Austauschstruktur mit den
199 Kreiswahlkampfleitungen bzw. den geschäftsführenden Kreisvorständen mit Blick auf
200 die Europawahl 2024 und die Kommunalwahl 2025.

- 201 • Der LaVo ermöglicht einen regelmäßigen Austausch mit den
202 Kommunikationsverantwortlichen der Kreisverbände und strebt eine weitere
203 Professionalisierung unserer Kommunikationsstrukturen an.
204 • Der LaVo verstetigt die Austauschstruktur mit dem kopofn nrw und organisiert einen
205 regelmäßigen Austausch mit den kommunalpolitischen Strukturen.
206 • Der LaVo verstetigt den Austausch mit den Landesarbeitsgemeinschaften und den
207 Landesarbeitskreisen.
208 • Gemeinsam mit dem LAK IB führt der LaVo regelmäßige Neumitgliedertreffen durch.
209 • Der LaVo erarbeitet Vorschläge für Schwerpunktaktionen zur Mitgliederwerbung mit
210 entsprechendem Material (z.B. Unterstützung bei Familienfesten usw.).
211 • Der LaVo verstärkt regelmäßige Treffen des LAK Parteaufbau mit entsprechender
212 Kommunikation an die Kreisverbände.

213

214 **Wie können unsere Veranstaltungen und Aktionen erfolgreicher werden?**

215 Es wird viel erwartet von uns mit dem Blick auf den Herbst und Winter: Energiepreise
216 gehen in den Himmel, das 9-Euro-Ticket entfällt wieder und die Inflation sorgt dafür,
217 dass immer mehr Menschen sich am Ende des Monats entscheiden müssen, ob sie
218 heizen oder essen. Der Landesvorstand wird die Aktionen, die von der Bundesebene
219 geplant werden, auf der Landesebene umsetzen und für die Kreisverbände aufbereiten.
220 Dabei wird eine Fokussierung auf NRW vorgenommen.

221

222 **Vielfalt im Landesverband stärken**

223 „DIE LINKE knüpft an linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der
224 sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung sowie
225 aus feministischen und anderen emanzipatorischen Bewegungen an. Wir beziehen uns
226 auf politische Theorien der Frauenbewegung und des Feminismus, die die Kritik an allen
227 Herrschaftsverhältnissen, die Frauen unterdrücken und benachteiligen, in den
228 Mittelpunkt stellen und weltweit die Durchsetzung der Menschenrechte für die Frauen
229 und die Abschaffung jedweder Diskriminierung aufgrund des Geschlechts fordern.“
230 (Erfurter Programm)

231

232 Wir wissen: Sexismus und geschlechtsspezifische Gewalt sind in der Gesellschaft tief
233 verankert. Auch wir als Partei sind nicht vor Sexismus, Gewalt, Beleidigungen und
234 anderen diskriminierenden Verhaltensweisen gefeit. Es ist für unsere Partei eine
235 besondere Aufgabe, Gesellschaftsveränderung immer auch als Selbstveränderung zu
236 begreifen.

237

238 Wir wollen daher emanzipatorische Politik glaubhaft nach innen und außen mit Leben
239 füllen und nicht in einer Stellvertreterpolitik verharren. Die Entwicklungen der
240 vergangenen Jahre zeigen, dass bei unserer Attraktivität und Anschlussfähigkeit für
241 Frauen, für Menschen mit Migrationshintergrund oder bei unserer Inklusionsarbeit noch
242 Luft nach oben ist. Wir werden in allen Gremien und Strukturen beginnen, einen
243 offensiven Umgang mit dem Thema Sexismus und sexualisierte Gewalt in den eigenen
244 Reihen einzuüben und zu leben. Im Zweifel hilft es nicht, zu schweigen, wenn solche
245 Fälle hilflos machen. Dann müssen wir uns kompetente Unterstützung zu suchen. Der
246 Landesvorstand hat eine Vertrauensgruppe benannt, die Mitglieder der
247 Vertrauensgruppe erhalten Schulungen. Wir suchen den Kontakt zur externen
248 Expertinnenkommission der Bundespartei und zu professionellen Institutionen und
249 Beratungsstellen, um Betroffenen gezielte fachliche Hilfe vermitteln zu können.

250

251 Wir sind Verbündete im antirassistischen Kampf und streben eine Stärkung der
252 Zusammenarbeit mit migrantischen Organisationen an. Wir arbeiten weiter an der
253 inhaltlichen Weiterentwicklung eines antirassistischen Profils.

254

255 Wir begegnen einander auf Basis von Vertrauen und gegenseitigem Respekt und wir
256 achten auf einen wertschätzenden Umgang miteinander. Wir ergreifen aktiv Partei für
257 einen diskriminierungsfreien Umgang miteinander.

258

259 Für alle künftigen Landesvorstände muss es dauerhafte Aufgabe bleiben, dass DIE LINKE
260 in NRW ihren eigenen Ansprüchen in diesem Bereich tatsächlich gerecht wird.

261

262

263